

3. Sitzung Leg.-Periode 2011/2016

Homberg, den 18. August 2011

Beginn: 18:00 Uhr

Eingang 19.9.2011

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. August 2011 in der Stadthalle, Ziegenhainer Straße 19, 34576 Homberg (Efze)

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Martin Wagner an der Spitze, die Zuhörer und Frau Claudia Brandau von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen.

Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung werden nicht erhoben. Herr Marx stellt fest, dass zur Zeit 35 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter 13 Stadtverordnete von der SPD, 10 Stadtverordnete von der CDU, 6 Stadtverordnete von der FWG, 4 Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und 2 Stadtverordnete von der FDP.

Herr Marx stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Nachträglich gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die in der Zeit vom 09.06.2011 bis zum 18.08.2011 Geburtstag hatten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Bürgermeister mit, dass der Tagesordnungspunkt 7 nur eingebracht, nicht beschlossen werden soll.

Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Axel Althaus	CDU	Herr Günther Koch	FWG
Herr Axel Becker	CDU	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Klaus Bölling	GRÜNE	Herr Rainer Krannich	CDU
Herr Peter Dewald	CDU	Herr Klaus-Thilo Kroeschell	CDU
Herr Uwe Eisenhuth	SPD	Herr Friedhelm Lotz	SPD
Herr Ulrich Fröhlich-Abrecht	CDU	Herr Christian Marx	SPD
Herr Stefan Gerlach	SPD	Herr Heinz Marx	SPD
Herr Dietmar Groß	FWG	Frau Sandra Melchior	SPD
Herr Dietrich Habbishaw	GRÜNE	Frau Nadine Potstawa	CDU
Herr Bruno Hassenpflug	SPD	Herr Manfred Ripke	FDP
Herr Sascha Henschke-Meyl	FWG	Herr Delf Schnappauf	GRÜNE
Herr Bernd Herbold	SPD	Herr Eckbert Siebert	FWG

Herr Thomas Hoffmann	FWG	Herr Michael Spork	CDU
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Frau Claudia Ulrich	CDU
Herr Achim Jäger	FWG	Herr Wilfried Vaupel	SPD
Frau Ursula Jungermann	SPD	Frau Barbara von Gimborn	SPD
Herr Holger Jütte	FDP	Frau Karin Wilhelm	SPD
Herr Wolfgang Knorr (bis TOP 9)	CDU		

Anwesend vom Magistrat:

Herr Bürgermeister Martin Wagner	Herr Stadtrat Jürgen Kreuzberg
Herr Stadtrat Joachim Eisenberg	Herr Stadtrat Volker Koch
Frau Stadträtin Christa Gerlach	Herr Stadtrat Karl Weiß
Herr Stadtrat Hartmut Höhle	

T A G E S O R D N U N G

1. **Einführung und Verpflichtung eines ehrenamtlichen Mitglieds des Magistrats, gemäß § 46 Abs. 1 HGO**
2. **Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung – Doppik**
3. **Wahl jeweils eines Vertreters/einer Vertreterin und eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homberg**
 - a) **Bildung eines Wahlausschusses**
 - b) **Durchführung der Wahl**
4. **a) Beschlussfassung über Personalangelegenheiten und**
b) Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Februar 2011
5. **2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Kindergärten der Kreisstadt Homberg (Efze):**
hier: Anpassung Öffnungszeiten
6. **Erneute Beratung und Beschlussfassung über einen möglichen Ausbau der Trasse der sog. Kanonenbahn, von Schwalmstadt über Friedendorf, Homberg, Knüllwald, Malsfeld, Melsungen nach Spangenberg, zu einem Radweg**
7. **Einführung der „Gesplitteten Abwassergebühr“ in Homberg (Efze);**
hier: Einbringung Festlegung der Gebührenmaßstäbe für das Niederschlagswasser

8. **Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages über den Verkauf des städtischen Gebäudes „Am Katterbach 6“**
9. **Umbau des ehemaligen Bauhofes (Altes Gaswerk) zu einem Jugendzentrum**
10. **Anträge**
 - a) **Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FWG-Fraktion und der FDP-Fraktion, eingegangen am 4. August 2011, wegen Einrichtung eines Jugendbeirates**
 - b) **Antrag der FWG-Fraktion vom 3. August 2011 betr. erneute Beratung über die zukünftige Nutzung von Teilbereichen des ehemaligen Bauhofs (Altes Gaswerk) im Davidsweg**
 - c) **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 3. August 2011 betr. Prüfung von Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der B 323**
11. **Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung**
12. **Informationen**
13. **Anfragen**
 - a) **Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 3. August 2011 betr. Sachstand der Prüfung einer alternativen Haltestelle in Berge**
 - b) **Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 3. August 2011 betr. sparsame Haushaltsführung**
14. **Anregungen**

ab ca. 19:30 Uhr
15. **Vorstellung des von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH erstellten Einzelhandelskonzeptes Homberg (Efze)**

VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN

ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:

Zu Punkt 1:

Gegenstand: Einführung und Verpflichtung eines ehrenamtlichen Mitglieds des Magistrats, gemäß § 46 Abs. 1 HGO

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx führt Herrn Volker Koch, gemäss § 46 HGO, per Handschlag in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gewissenhaften Erfüllung seiner Aufgaben.

Danach übergibt Herr Bürgermeister Martin Wagner gemäß § 46 Absatz 2 HGO Herrn Volker Koch die Ernennungsurkunde.

Zu Punkt 2:

Gegenstand: Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung – Doppik

Herr Bürgermeister Martin Wagner gibt den entsprechenden Bericht. Die Unterlage wurde allen Damen und Herren Stadtverordneten ausgehändigt.

Zu Punkt 3:

Gegenstand: Wahl jeweils eines Vertreters/einer Vertreterin und eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin in die Versammlungsversammlung des Wasserverbandes Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homberg
a) Bildung eines Wahlausschusses
b) Durchführung der Wahl

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heinz Marx teilt mit, dass ihm zwei Wahlvorschläge vorliegen, und zwar von
SPD-Fraktion, hierin ist benannt

Herr Erster Stadtrat Gerhard Fröde

und von der CDU-Fraktion;
hierin ist benannt

Herr Ulrich Fröhlich-Abrecht.

Herr Marx fragt, ob weitere Vorschläge gemacht werden.

Dies ist nicht der Fall.

Gemäß § 55 Abs. 3 HGO wird „schriftlich und geheim“ aufgrund von Wahlvorschlägen aus der Mitte der Gemeindevertretung gewählt.

Er fragt das Parlament, ob jemand dagegen Widerspruch erhebt, dass von diesem Grundsatz abgesehen und allein durch Zuruf oder Handaufheben abgestimmt werden soll.

Herr Stadtverordneter Siebert widerspricht.

Das bedeutet, dass die Wahl schriftlich und geheim durchzuführen ist.

Herr Marx schlägt vor, zur technischen Abwicklung einen Wahlausschuss einzusetzen und bittet alle Fraktionen um Benennung eines Mitgliedes. Gemäß § 22 der Geschäftsordnung obliegt Herrn Marx nun die Wahlleitung.

Es werden vorgeschlagen:

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx und Herr Magistratsoberrat Bottenhorn.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, den Vertreter und den Stellvertreter nicht getrennt zu wählen, sondern derjenige, der die meisten Stimmen hat, wird als Vertreter benannt, derjenige, der weniger Stimmen bekommen hat, wird als Stellvertreter festgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx erläutert kurz den Musterstimmzettel. Für die Wahlhandlung wurden zwei Wahlkabinen und eine Wahlurne bereitgestellt.

Herr Marx bittet die Damen und Herren Stadtverordneten nach dem Wählerverzeichnis um ihre Stimmabgabe.

Dann erfolgt die Stimmabgabe.

Die Auszählung ergab folgendes Ergebnis:
35 gültige Stimmzettel.

Auf den Wahlvorschlag

**der SPD-Fraktion,
Herrn Ersten Stadtrat Gerhard Fröde,**

entfielen **17 gültige Stimmzettel**

und

**der CDU-Fraktion,
Herrn Stadtverordneten Ulrich Fröhlich-Abrecht,**
entfielen **18 gültige Stimmzettel.**

Als

Vertreter in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes – Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homberg - ist somit

Herr Stadtverordneter Ulrich Fröhlich-Abrecht

und

als Stellvertreter

Herr Erster Stadtrat Gerhard Fröde

als gewählt.

Herr Marx beglückwünscht Herrn Stadtverordneten Fröhlich-Abrecht und Herrn Ersten Stadtrat Gerhard Fröde zu ihrer Wahl und fragt, ob sie die Wahl annehmen. Dies ist der Fall.

Zu Punkt 4:

Gegenstand:

- a) **Beschlussfassung über Personalangelegenheiten und**
- b) **Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Februar 2011**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Ausschussvorsitzende, Frau Wilhelm, vor.

Beschluss:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, nachstehend genannte Arbeitsverträge mit Beschäftigten, wie folgt abzuschließen:
 - a) Eine Mitarbeiterin ist derzeit mit 19,25 Wochenstunden beschäftigt. Sie erhält jetzt 30 Wochenstunden unbefristet. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
 - b) Eine Mitarbeiterin ist derzeit als Vertretungskraft für eine Mitarbeiterin beschäftigt. Sie erhält jetzt 30 Wochenstunden unbefristet. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
 - c) Eine Mitarbeiterin, bislang mit 25 Wochenstunden beschäftigt, erhält jetzt 30 Wochenstunden unbefristet. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
 - d) Eine Mitarbeiterin, die derzeit mit 31 Wochenstunden beschäftigt ist, erhält jetzt, unbefristet, 39 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
 - e) Eine Mitarbeiterin ist bislang mit 30 Wochenstunden eingestellt. Sie erhält jetzt, unbefristet, 39 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
 - f) Eine Mitarbeiterin, die derzeit mit 27,5 Wochenstunden beschäftigt ist, erhält jetzt, unbefristet, 30 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.

- g) Eine Mitarbeiterin ist bislang mit 35 Wochenstunden, befristet bis 31.07.2011, eingestellt. Ab 01.08.2011 wird die wöchentliche Arbeitszeit unbefristet auf 35 Stunden festgelegt. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
- h) Eine Mitarbeiterin, die derzeit mit 30 Wochenstunden beschäftigt ist, erhält jetzt, unbefristet, 39 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
- i) Eine Mitarbeiterin, die derzeit mit 32 Wochenstunden beschäftigt ist, erhält jetzt, unbefristet, 39 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
- j) Eine Mitarbeiterin ist bislang mit 11 Wochenstunden eingestellt. Sie erhält jetzt, unbefristet, 30 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
- k) Eine Mitarbeiterin wird, befristet bis zum 31.07.2012, mit 35 Wochenstunden, eingestellt. Sie war bisher als Anerkennungspraktikantin beschäftigt.
- l) Eine Mitarbeiterin, die derzeit mit 25 Wochenstunden beschäftigt ist, erhält jetzt, unbefristet, 27,5 Wochenstunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
- m) Eine Mitarbeiterin ist bislang mit 24 Wochenstunden (9 Wochenstunden zzgl. 15 Wochenstunden befristet für zwei Integrationen) eingestellt. Sie erhält jetzt, unbefristet, 27,5 Wochenstunden zzgl. 5 Wochenstunden für eine Integration, befristet bis 31.07.2012. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.
- n) Eine Mitarbeiterin wird, befristet bis zum 31.07.2012, mit 24 Wochenstunden, eingestellt.
- o) Eine Mitarbeiterin ist bislang mit 22,5 Wochenstunden eingestellt. Sie erhält jetzt,

unbefristet, 27,5 Wochenstunden. Die zusätzlichen 5 Wochenstunden für Sprachförderung fallen ab 01.08.2011 weg. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.

- p) Eine Mitarbeiterin, derzeit 30 Stunden, erhält zusätzlich 4 Stunden für Integration, befristet bis zum 31. Juli 2012.
- q) Neueinstellung einer Mitarbeiterin, 25 Stunden für Integrationsarbeiten, befristet bis 31. Juli 2012.
- r) Eine Mitarbeiterin, derzeit 30 Wochenstunden, erhält zusätzlich 5 Stunden für Vertretungen in der 4. Gruppe, unbefristet.
- s) Die wöchentliche Arbeitszeit einer Mitarbeiterin wird von 36 Stunden auf 39 Stunden unbefristet erhöht. Außerdem hat die Mitarbeiterin mitgeteilt, dass sie die Leitung des Kindergartens zum nächstmöglichen Zeitpunkt abgeben wird.
- t) Neueinstellung einer Erzieherin mit 29 Wochenstunden, befristet vom 1. September 2011 bis 31. Juli 2012. Diese wird die Leitung des Kindergartens von einer Mitarbeiterin übernehmen.

Im Stellenplan, Nachtragshaushaltssatzung 2011, sind folgende neue Stellen aufzunehmen:

	bisher	ab 01.08.2011
Kindertagesstätte Osterbach	13,5	15
Kindertagesstätte Holzhäuser Feld (eine Gruppe mehr)	5,5	8
Kindergarten Holzhausen	2,5	3
Kindergarten Hülsa	<u>2</u>	<u>2,5</u>
Gesamt	23,5	28,5

Abstimmung:

Bei 35 anwesenden Stadtverordneten 35 Ja-Stimmen.

- b) Herr Bürgermeister Martin Wagner gibt folgende Informationen:

Herr Bürgermeister Martin Wagner informiert die Stadtverordnetenversammlung, dass einer Erzieherin, derzeit mit 20 Wochenstunden, befristet bis zum 31. Juli 2012, zusätzlich 1 Stunde für Integrationsarbeiten, ebenfalls befristet bis 31. Juli 2012 genehmigt worden ist.

Weiterhin wurde einer Erzieherin durch Beschluss des Magistrats vom 9. Juni 2011 die wöchentliche Arbeitszeit von 27 auf 32 Stunden erhöht. Durch die Neueinstellung einer Erzieherin wird dieses rückgängig gemacht, das heißt, die Erzieherin ist weiterhin mit 27 Wochenstunden beschäftigt.

Außerdem wurden eine Mitarbeiterin und eine weitere Mitarbeiterin als Vertretungskräfte für die Raumpflege in allen städtischen Einrichtungen, auch in den Stadtteilen, für jeweils ein Jahr befristet mit 2 Wochenstunden eingestellt.

Zu Punkt 5:

Gegenstand:

**2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Kindergärten der Kreisstadt Homberg (Efze):
hier: Anpassung Öffnungszeiten**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der im Entwurf vorliegenden 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Kindergärten der Kreisstadt Homberg (Efze) zu.

Abstimmung:

Bei 35 anwesenden Stadtverordneten 35 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 6:

Gegenstand:

Erneute Beratung und Beschlussfassung über einen möglichen Ausbau der Trasse der sog. Kanonenbahn, von Schwalmstadt über Frielendorf, Homberg, Knüllwald, Malsfeld, Melsungen nach Spangenberg, zu einem Radweg

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Sachverhalt an den Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur zur weiteren Beratung zu verweisen.

Abstimmung:

Bei 35 anwesenden Stadtverordneten 35 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 7:

Gegenstand:

**Einführung der „Gesplitteten Abwassergebühr“ in Homberg (Efze);
hier: Einbringung Festlegung der Gebührenmaßstäbe für das Niederschlagswasser**

Herr Bürgermeister Martin Wagner gibt weitere Erläuterungen zum Thema. Dabei betont er, dass das Parlament kein Wahlrecht über die Einführung hat, da ein entsprechendes Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vorliegt.

Zu Punkt 8:

Gegenstand:

Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages über den Verkauf des städtischen Gebäudes „Am Katterbach 6“

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird der Vorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Herr Bürgermeister Martin Wagner trägt die Empfehlung des Magistrats vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem am 29. Juni 2011 vor dem Notar Eckehard Lischka, Homberg, abgeschlossenen Grundstückskaufvertrag – Urkunden-Rolle Nr. 401/2011 – zu.

Abstimmung:

Bei 35 anwesenden Stadtverordneten 35 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 9:

Gegenstand:

Umbau des ehemaligen Bauhofes (Altes Gaswerk) zu einem Jugendzentrum

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heinz Marx teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 9 und der Antrag der FWG unter Tagesordnungspunkt 10 b) zusammen behandelt werden sollen.

Anschließend begründet Herr Fraktionsvorsitzender Jäger den Antrag seiner Fraktion.

Er verweist auf die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, den Antragswortlaut auf der Homepage der Freien Wählergemeinschaft nachzulesen.

Nach Herrn Fraktionsvorsitzenden Bölling möchte seine Fraktion versuchen, die Debatte auf die Sachebene zurückzuholen. Er schildert bisherige Bemühungen um das Gebäude und die dazugehörenden Betriebsflächen. Er fragt, warum jetzt so heftig darüber diskutiert wird. Der Architekt des Bauamtes habe lediglich eine Alternative erarbeitet. Er und seine Arbeit müssen vor Angriffen geschützt werden.

Das Gebäude sei nicht unproblematisch. Deshalb sollen alle Möglichkeiten geprüft werden, bevor man Fakten schafft.

Der Antrag, das Thema im Magistrat und in den Ausschüssen zu beraten, werde von seiner Fraktion unterstützt.

In der HNA wurde die Bezeichnung „Giftspritze“ für das Gebäude zitiert. Dieses bezeichnet er als wenig hilfreich.

Die Fraktion der Grünen will Jugendarbeit nicht am Rande der Stadt. Das Vorhaben im Davidsweg sei richtig, um qualifizierte Jugendarbeit machen zu können.

Es sei erforderlich, umfassend zu prüfen, ob es möglich ist, Jugendliche im alten Gaswerk zu betreuen. Dabei sei jedoch eine sachliche Aufklärung notwendig.

Die entsprechende Debatte sollte öffentlich geführt werden. Alle Tatsachen müssen auf den Tisch kommen, um eine richtige politische Entscheidung treffen zu können.

Herr Fraktionsvorsitzender Dewald teilt mit, die CDU sei gespannt auf die Antworten zum Antrag der FWG, da noch viele Fragen offen seien.

Er beantragt als Ergänzung:

„Nach erfolgter Beratung und Beschlussfassung durch den Magistrat bitten wir um direkte Weiterleitung an die betroffenen Ausschüsse (Haupt- und Finanzausschuss, Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss), damit genügend Zeit für eine angemessene Beratung in den Ausschüssen verbleibt.“

Herr Fraktionsvorsitzender Gerlach meint, alles sei gesagt, auch stehe fest, dass im Davidsweg ein Jugendzentrum entstehen werde. Offen sei lediglich, ob dieses im alten Gaswerk umgesetzt wird oder ein Neubau erstellt werden muss.

Am Antrag der FWG stört ihn, dass nicht der Magistrat, sondern die Stadtverordnetenversammlung umfangreich prüfen muss.

Der Magistrat könne lediglich aufgrund einiger Prüfungen eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abgeben. Der Antrag sei deshalb nicht an den Magistrat verweisungsfähig. Mit dem Inhalt des Antrages zeigt er sich einverstanden. Ausschüsse tagen öffentlich; der Magistrat tagt in nicht-öffentlicher Sitzung. Deshalb müsse der Sachverhalt an die Ausschüsse verwiesen werden, um ihn dort öffentlich zu behandeln.

Herr Fraktionsvorsitzender Ripke spricht den Haushaltsansatz zum Thema an. Diesem habe die FDP zugestimmt.

Die Fristen zur Sanierung des Eisenwerkes laufen bis zum Jahr 2015. Deshalb bestehe momentan keine Eilbedürftigkeit.

Im Alten Gaswerk ein Jugendzentrum einzurichten, sei nicht zwingend erforderlich, da der Davidsweg dafür wohl nicht geeignet sei.

Die FDP sei mit dem Antrag der FWG einverstanden, ärgerlich sei nur der Zeitpunkt, Überlegungen zur Sanierung anzustellen.

Herr Jäger dankt allen für die Zustimmung zum An-

trag seiner Fraktion, ob das Thema an den Magistrat oder die Ausschüsse verwiesen werde, sei lediglich eine Formalie. An den Magistratsberatungen könnten schließlich auch die Fraktionsvorsitzenden beteiligt werden. Er schlägt vor, den Wortlaut abzuändern, dass der Vorgang nicht an den Magistrat, sondern an die Ausschüsse überwiesen wird und diese dann den Magistrat informieren.

Herr Bürgermeister Martin Wagner geht auf die Äußerungen seiner Vorredner ein und teilt mit, dass er versuchen will, in Gesprächen mit den Fachministerien die Gültigkeit des Förderbescheides zu verlängern.

Herr Herbold zeigt sich erstaunt über die Bemerkungen Herrn Ripkes zum Standort des Jugendzentrums. Er meint, damit würden Ängste vor Lärmbelästigungen durch Jugendliche geschürt.

In der Gesellschaft herrsche diesbezüglich eine Doppelmoral. Er hofft, dass man in Homberg keine Londoner Verhältnisse bekomme. Man müsse sich für die Jugendlichen einsetzen und diese annehmen.

Auch Herr Bölling antwortet auf Teile Herrn Ripkes Beitrag. Im Rahmen des Land/Bundesprogramms „Soziale Stadt“ sei das Thema ausführlich diskutiert worden. Die Lage sei ideal, auch wegen des daneben liegenden Efszeparks. Im übrigen sei die Jugendarbeit in Homberg sehr gut vernetzt.

Herr Bürgermeister Martin Wagner schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zunächst an den Ausschuss zu verweisen und erst danach über den Antrag der FWG abzustimmen.

Daraufhin unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher für einige Minuten die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung lässt er über folgenden Beschluss abstimmen:

„Der Sachverhalt des Tagesordnungspunktes 9 und der Antrag aus Tagesordnungspunkt 10 b) werden an den Fachausschuss verwiesen.

Der Magistrat wird beauftragt, die Punkte a) bis e) aus dem Antrag der FWG abzuarbeiten und direkt in

den Ausschüssen zu berichten.“

Abstimmung:

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 34 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 10:

Gegenstand:

Anträge

- a) **Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FWG-Fraktion und der FDP-Fraktion, eingegangen am 4. August 2011, wegen Einrichtung eines Jugendbeirates**
- b) **Antrag der FWG-Fraktion vom 3. August 2011 betr. erneute Beratung über die zukünftige Nutzung von Teilbereichen des ehemaligen Bauhofs (Altes Gaswerk) im Davidsweg**
- c) **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 3. August 2011 betr. Prüfung von Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der B 323**

a) Herr Dewald begründet den Antrag.

Herr Bölling meint, die Unabhängigkeit der FWG sei wohl schon futsch, wenn man diesen Antrag betrachte. Der Antragsinhalt erschließe sich für ihn nicht.

Man habe eine Stadtjugendvertretung, in der Jugendliche arbeiten und sich vertreten lassen können. Ihm ist rätselhaft, was ein Jugendbeirat machen will, weil es bereits entsprechende Institutionen und Vereine in der Stadt gebe.

Man müsse keine weiteren Gremien schaffen.

Es bestehe die Gefahr, dass sich die Aktiven der Stadtjugendvertretung fragen, wofür sie arbeiten.

Der Fachausschuss solle mit der Stadtjugendvertretung gemeinsam tagen, nichts Neues schaffen. Seine Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herr Henschke-Meyl meint, die Arbeit der Jugendlichen sei sehr aktiv, werde jedoch wenig ernst genommen und verliere dadurch ihren

Elan.

Der neue Jugendbeirat könne bestehen aus Vereinen, Burschenschaften der Kernstadt und der Stadtteile und mit dem Fachausschuss zusammenarbeiten.

Nach Meinung Herrn Gerlachs haben sich die Antragsteller wenig Gedanken gemacht, da keine konkreten Aussagen, Zielgruppen, finanzielle Möglichkeiten und Zwecke des Beirates vorgeschlagen wurden. Dieses solle alles der Magistrat klären, es sei Auftrag des Parlaments und des Ausschusses, mit der Stadtjugendvertretung und dem Jugendpfleger zusammenzuarbeiten.

Außerdem könne man Vereine einbinden, um die Jugendarbeit zu unterstützen. Das Antragsvorhaben sei politischer Pfusch. Er befragt, den Antrag an den Fachausschuss zu verweisen.

Der Vorschlag zur Einrichtung eines Jugendbeirates sei von den Jugendlichen selbst gekommen, teilt Herr Ripke mit. Die Argumente Herrn Böllings haben ihn überzeugt. Deshalb empfiehlt auch er, das Thema im Ausschuss zu beraten.

Herr Dewald bezeichnet einige Ausführungen Herrn Gerlachs als harsche Kritik und nicht nachvollziehbar, da der Magistrat lediglich gebeten werde, Modalitäten festzulegen.

Auch der Ausschuss könne eingebunden werden; dieses gelte auch für andere Jugendorganisationen. Er möchte zunächst abwarten, was der Magistrat erarbeite.

Herr Jäger zeigt sich überrascht, welche Polemik aufgekommen sei. Mit dem gemeinsamen Antrag solle die Jugendarbeit gefördert werden.

Herr Bölling teilt mit, er sei nachsichtig gegenüber Parlamentsneulingen, weil Informationsdefizite darüber bestehen, was durch die Hessische Gemeindeordnung festgelegt ist. Das Parlament entscheide, nicht der Magistrat. Deshalb sollen Einzelheiten vom Fachausschuss

schuss erarbeitet werden.

Rechthaberei sei Thema des heutigen Abends, meint Herr Kroeschell. Er ruft zu mehr Gemeinsamkeit auf, Oberlehrerverhalten sei entbehrlich.

Dann wird über den Abänderungsantrag wegen Verweisung des Antrages an den Fachausschuss abgestimmt.

Abstimmung: Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 17 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

- b) Wurde unter Tagesordnungspunkt 9 mitbehandelt.
- c) Herr Gerlach begründet.

Herr Groß teilt mit, dass die FWG den Antrag unterstütze, da der Lärm ein zunehmendes Problem werde.

Herr Spork dankt für den Antrag, bittet aber, auch die Stadtteile mit einzubinden, denn dort gäbe es gleiche Belastungen.

Herr Bölling stellt fest, die Stadtteile gehören selbstverständlich zum Antrag. Logistikbetriebe hätten bisher Sinn gemacht, jetzt sei jedoch die kritische Masse erreicht. Bürgerinnen und Bürger würden durch den Lärm gestört. Deshalb seien Lärmschutzmaßnahmen und eventuell weitere Logistikansiedlungen zu prüfen.

Nach Auffassung der Grünen müsse es in Homberg keinen neuen Logistiker mehr geben. Diese sollen sich im gemeinsamen Gewerbegebiet an der Autobahn in Knüllwald ansiedeln.

Herr Herbold glaubt, der kritische Bereich sei schon überschritten, speziell durch den Unternehmer Palletways rollen LKW auch durch Wohngebiete. Mittlerweile habe er beobachtet, dass teilweise weniger LKW, dafür aber

mehr kleinere Sprinter-Fahrzeuge eingesetzt würden. Logistik gehöre direkt an die Autobahn.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, der folgenden Wortlaut hat:

“Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welche Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Bundesstraße 323 getroffen werden können, um die Lärmbelästigung für die betroffenen Homberger Bürger zu reduzieren. Dabei ist ebenfalls festzustellen, ob ggf. Lärmschutzmessungen erforderlich sind und welche Kosten – unter Berücksichtigung möglicher Zuschüsse – auf die Stadt Homberg zukommen würden.“

Abstimmung:

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 34 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 11:

Gegenstand:

Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

Der Sachstandsbericht wird dem Protokoll beigelegt (**Anlage Nr. 1**).

Zu Punkt 12:

Gegenstand:

Informationen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx verliest ein Schreiben des Herrn Landrates des Schwalm-Eder-Kreises – Kommunalaufsicht – vom 14. Juni 2011. Darin teilt die Kommunalaufsicht mit, dass kein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstoßes gegen § 24 HGO gegen Herrn Bölling eingeleitet wird. Das Schreiben ist dem Protokoll beigelegt (**Anlage Nr. 2**).

Zu Punkt 13:

Gegenstand:

Anfragen

- a) **Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 3. August 2011**
betr. Sachstand der Prüfung einer alternativen Haltestelle in Berge
- b) **Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 3. August 2011**
betr. sparsame Haushaltsführung

a) Die gemeinsame Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Martin Wagner beantwortet (**Anlage Nr. 3**).

b) Die gemeinsame Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Martin Wagner beantwortet (**Anlage Nr. 4**).

Zu Punkt 14:

Gegenstand:

Anregungen

Herr Jäger regt an, den Werberahmen, der während und nach dem Hessestag am Schlauchturm angebracht war, wieder zu installieren und mit der Beschriftung „Reformationsstadt Hessens“ zu bestücken.

Zu Punkt 15:

Gegenstand:

Vorstellung des von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH erstellten Einzelhandelskonzeptes Homberg (Efze)

Verschiedene Stadtverordnete verlassen die Sitzung.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung.

Herr Bürgermeister Martin Wagner leitet mit einer kurzen Rede zum Thema über.

Frau Birgitt Wachs, GMA, stellt das Gutachten mittels einer Power-Point-Präsentation vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx dankt für den Vortrag und bittet anschließend um Fragen.

Herr Schnappauf fragt, wann der Auftrag für die Erstellung des Gutachtens gegeben wurde.

Frau Wachs antwortet, im Januar 2011.

Andreas Bickel: Kann das Einkaufszentrum abwandernde Kaufkraft zurückholen.

Frau Wachs: In gewissem Umfang ja.

Andreas Bickel: Bei 5.000 m² Verkaufsfläche muss das 10fache am Umsatz erarbeitet werden, um die Miete bezahlen zu können.

Frau Wachs: Dazu ist keine genaue Aussage möglich.

Andreas Bickel: Wie kann Leerstand beseitigt werden, wenn das Einkaufszentrum eventuell neu schafft. Reicht die Kaufkraft aus, um Leerstände zu beheben und das Einkaufszentrum aufrecht zu erhalten.

Frau Wachs: Das Einkaufszentrum wird Veränderungen bringen.

Wichtig sei, die Innenstadt zu stärken und den Außenbereich zu schwächen. Dafür muss ein starker Anbieter im Einkaufszentrum enthalten sein.

Dietmar Groß: Geplant sind 5 bis 7.000 m² Verkaufsfläche, warum?

Ist es realistisch, dass der Neubau in der Innenstadt Verlagerung von anderen Geschäften mit sich bringt.

Gibt es dafür Beispiele?

Frau Wachs: Die Größenordnung ist vorstellbar, allerdings wurde noch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt. Die GMA meint, die Innenstadt müsse ertüchtigt werden. Dies könne mit dem Einkaufszentrum gelingen. Ähnliche Beispiele gäbe es in Eschwege, andere Beispiele würden noch bekannt gegeben.

Herr Bölling: Frau Wachs hat gesagt, es bestehen Potentiale für die Innenstadt, da zwei große Lebensmittelmärkte an der Peripherie vorhanden seien. Nach seiner Meinung gehen diese wohl nicht in die Innenstadt.

Frau Wachs: Ich gebe Ihnen recht, man solle Gespräche suchen, um diese für eine Verlagerung in

die Innenstadt zu gewinnen.

Herr Koch: Warum wird der REWE-Markt nicht in die Überlegungen einbezogen? 37.000 Kaufinteressenten erscheinen ihm zu viel.

Frau Wachs: Die Zahlen wurden aus Befragungen ermittelt, die entsprechenden Wohnorte in Zonen eingeteilt. Der REWE-Markt gehört nicht zur Innenstadt.

Herr Dewald: Man hat erkannt, dass Homberg mit Verkaufsflächen gut aufgestellt sei. Deshalb müssten andere Frequenzträger in Frage kommen.

Frau Wachs: Insbesondere Bekleidung, Drogerie Müller, Elektroartikel und Bio-Lebensmittel.

Herr Kroeschell: Es gibt viele ähnliche Städte wie Homberg in der Nachbarschaft. Wie kann man dort Kaufkraft abziehen?

Homberg brauche Unterscheidungen zu anderen Städten.

Wichtig sei auch ein gutes Parkangebot. Die Drogerie Müller sei ein Verdränger für kleinere Geschäfte. Er möchte das Konzept für das Einkaufszentrum einsehen. Dabei sollte auch Leerstand bedacht werden.

Frau Wachs: Wichtig sei in der heutigen Zeit ein sogenannter „Erlebniseinkauf“. Leerstände könnten nur in einem attraktiven Umfeld beseitigt werden. Das Gebiet müsse mit einem Magnetbetrieb ertüchtigt werden. Dieser strahlt auf alle aus.

Herr Dr. Lambrecht: Es gibt große Sorgen wegen Leerständen. Wie kann man diese beseitigen, wenn ein großes Einkaufszentrum entsteht. Bedingt durch Leerstände könnten die entsprechenden Hausbesitzer nicht in die Gebäudesubstanz investieren.

Frau Wachs: Man muss neue Angebote schaffen. Allerdings kein kleinteiliges Einkaufszentrum, das eine ähnliche Struktur wie die Altstadt habe. Größere Betriebe seien erforderlich.

Herr Kroeschell: Bei Angaben zur Kaufkraft und zum Kaufkraftverhalten müsse die demografische Entwicklung und der Internetkauf berücksichtigt werden. Das Erlebnis müsse beim Kauf überwiegen.

Frau Wachs: Was will man mit einer Innenstadt, die wenig attraktiv ist. Dann steigt auf alle Fälle der Internetkauf. Deshalb müsse in einen starken Handelsstandort investiert werden.

Herr Bickel: Bei 5000 m² Verkaufsfläche und 600.000,00 € Miete im Jahr sind Umsätze zwischen 6 und 7 Mio € erforderlich.

Kann man soviel Kaufkraft zurückholen?

Frau Wachs: Es wird Teilrückholungen und Teilverdrängung der Kaufkraft in Homberg geben. Attraktive Anbieter werden diese Umsätze machen.

Herr Bürgermeister Martin Wagner: Die Stadt war nicht Auftraggeber des Gutachtens, sondern der Zweckverband Schwalm-Eder-Mitte, im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes.

Er meint, der Vortrag habe interessante Einblicke geboten und der Öffentlichkeit anschaulich gezeigt, dass eine hohe Bindung der Einwohner an die Stadt bestehe. Das Verhältnis Innenstadt und Außenbereich sei ungesund.

Im Vortrag fehlen die Begründungen der Menschen, warum sie in Homberg einkaufen. Häufig sind es Mehrfacherledigungen, z.B. Schule, Arztbesuche, Behörden und Einkäufe.

Deshalb sei auch das ärztliche Angebot im Zuge der Innenstadtplanung als wesentlicher Faktor bedeutsam.

Durch Ganztagschulen werden vermehrt junge Leute ihr Geld in Homberg ausgeben. Dabei sei es erforderlich, weitere Angebote zu schaffen. Beispielsweise ein Haus der Reformation, um Menschen in die Stadt zu holen, die dort essen, bummeln und einkaufen können.

Daher müsse mit dem Einkaufszentrum ein Magnet geschaffen werden, um ein Sterben der Innenstadt zu vermeiden, sondern diese aufleben zu lassen. Auch zu Lasten der Peripheriestandorte.

Er weiß, dass es schwierig sei, ein solches Einkaufszentrum im Bestand zu bauen, trotzdem will man die Pläne vorantreiben und sich insgesamt, zusammen mit den möglichen Investoren, für die Innenstadt stark zu machen.

Dabei müsse darauf geachtet werden, dass andere Geschäfte in der Innenstadt nicht beeinträchtigt werden.

Abschließend dankt er Frau Wachs für ihre Arbeit und den Vortrag.

Herr Bölling fragt noch einmal, wer Auftraggeber für das Gutachten sei.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx teilt mit, alles werde geklärt.

Auch Herr Marx dankt Frau Wachs für ihren Vortrag.

Aus formalen Gründen eröffnet er die Stadtverordnetensitzung und schließt sie um 22:00 Uhr.

G e s c h l o s s e n :

Bottenhorn, Protokollführer

Marx, Stadtverordnetenvorsteher